

Editorial

Liebe Leser/Innen!
auch in diesem Monat hoffen wir für Sie eine abwechslungsreiche Stadtteilzeitung zusammengestellt zu haben. In diesem Monat ist Ostern und deshalb wollen wir nicht versäumen, Ihnen frohe Feiertage zu wünschen. Nutzen Sie die Zeit, um ein wenig Kraft zu tanken und Freunde und Familie zu besuchen oder tun Sie sich einfach einmal etwas Gutes. Auf der faulen Haut liegen, gehört auch dazu.

Wie auch immer, bleiben Sie uns gewogen. Falls Sie Lust haben, uns zu unterstützen, haben Sie keine Scheu und fragen Sie nach. Wir können Hilfe bei den Redaktionssitzungen und beim Verteilen der Zeitung gebrauchen. Vielleicht möchten Sie sich als Redakteur oder Layouter versuchen oder Sie haben ein Talent zum Zeichnen und veröffentlichen Ihre Zeichnungen? Sie haben eine ganz andere Idee, wir haben das offene Ohr!

die redaktion

EU-Vorratsdatenspeicherung: Überwachung 2.0

Ab Herbst 2007 tritt die EU in eine neue Stufe der Überwachung. Sämtliche Telekommunikationsunternehmen sollen dazu verpflichtet werden, Daten über die Kommunikation all ihrer Kunden verdachtsunabhängig auf Vorrat zu speichern. Zur verbesserten Strafverfolgung soll leicht nachzuvollziehen sein, wer mit wem im letzten halben Jahr per Telefon, Handy, E-Mail oder IP-Telefonie in Verbindung stand. Bei Handy-Telefonaten und SMS würde auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten. Zudem soll die Nutzung des Internets einsehbarer werden.

Gegen diese orwellianische Entwicklung regt sich Widerstand aus der Netz- und Datenschützer-Szene. Die "üblichen Verdächtigen" der Polit-Aktivisten sollten sich dieser krasen Entwicklung bewusst und

ebenfalls aktiver werden. Am 29. Januar gab es im Rahmen des ersten "europäischen Datenschutztages" in Berlin verschiedene Aktionen zum Thema.

Infos: www.vorratsdatenspeicherung.de



Reflectures (S. 4)

LSK Anträge im Bezirk (S. 6)



UBI KLIZ EV

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE KOMMUNIKATIVES LEBEN IN ZUSAMMENARBEIT E. V.
GEMEINNÜTZIG AUF FOLGENDEN GEBIETEN (IM SINNE DER FÖRDERUNG VON):
VERBRAUCHERSCHUTZ UND -BERATUNG, KULTUR, VOLKSBILDUNG, VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Mieterberatung und Information

für alle (Anwälte nur für BMG- Mitglieder)
Mo 18 - 20 / Do 19 - 20 Uhr, o. Anmeldung

Initiative gegen Rechts

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr

ALG II - Sozialberatung

Mo / Do 13 - 17 Uhr und Mi 10 - 14 Uhr

Filmabend (Klubveranstaltung)

jeden 3. Mi / Monat um 17 und 20:30 Uhr

MAE-Kiezpool

Mo 10-13/ Do 16-19 Uhr

Vernissagen

1. Freitag/Monat ab 19 Uhr

Arbeitslosen- und Rentenberatung

mit Anwälten vom Arbeitslosenverband
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Nur mit vorheriger telefonischer Anmeldung

Kampagne Musik gegen Gewalt

Die 10 - 13 Uhr (CLOF eV, Bürgerzentrum)

allgemeine Büroöffnungszeiten (Achtung ab Mai NEU!)

Mo / Do	10:00 - 20:00 Uhr
Di / Mi	10:00 - 16:00 Uhr
Fr	10:00 - 14:00 Uhr
	nur nach Vereinbarung

Da wir auf vielen verschiedenen Baustellen arbeiten, kann es sein, daß wir nicht immer Zeit für Sie / Dich haben. Deshalb ist es hilfreich, vor einem Besuch eventuell kurz durchzuklingeln, um Wartezeiten zu verhindern. Manchmal sind wir auch zu Außenterminen oder es findet eine Versammlung statt.

So ist das, wenn fast alles ehrenamtlich organisiert wird und die Arbeit auf nur wenige Schultern verteilt ist. Wir bitten dafür um Verständnis.

Für themenbezogene Fragen bitten wir die oben angegebenen thematischen Öffnungszeiten einzuhalten, da nur dann die Fachberater vor Ort sind. Nur dann sind wir in der Lage Ihnen/Dir bestmögliche Unterstützung zu gewährleisten. Wir bitten dafür um Verständnis.

Während der Bürozeiten ...

... ist drucken, kopieren, faxen, laminieren etc. zum Selbstkostenpreis möglich

... Ausleihe: Pavillon, Bierzeltgarnitur, Overheadprojektor / Laserpointer, Beamer /

DVD-Player, Flipchart – nur für öffentliche, unkommerzielle Zwecke (mit Anmeldung!)

... kann der öffentliche PC genutzt werden

IMPRESSUM

Die Stadtteilzeitung erscheint monatlich.
Beiträge sind ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: UBI KLIZ e. V.

V.i.S.d.P.: Heike Weingarten

Red.-schluß: 20. des Vormonats.

unterstützt von: Klaus, Gigi, Yvonne,
Achim und Heiko

UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin
Tel. / Fax: 74 07 88 31
www.ubi-mieterladen.de

GLS Gemeinschaftsbank e. G.
Konto: 12 637 500, BLZ: 430 609 67
Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

+ + + **K U R Z B E M E R K T** + + +

Raucher und Klimaschutz

Laut einer Veröffentlichung in der Berliner Zeitung im März sprechen sich 68 % für ein Rauchverbot aus. Kaum zu glauben. Beobachtet man Menschen in Gaststätten, hat man den Eindruck, daß dort bis zu 80 % Raucher sitzen. Wir streiten nicht ab, daß Rauchen ungesund ist, aber das sind Zusätze und Pestizide in Lebensmitteln auch. Wann werden die verboten? Und außerdem verdient der Staat Milliarden an den Steuern der Raucher. Was, wenn alle zu Nichtrauchern würden?

Statt immer mehr in Persönlichkeitsrechte einzugreifen, sollten Mittel und Wege gefunden werden, den Bildungsauftrag zu erfüllen und jungen Menschen Respekt und Verantwortung zu lehren. Eltern müssen Mittel in die Hand gegeben werden, um ein normales Familienleben mit gesundem Essen, Kultur und Urlaub finanziell zu ermöglichen.

Ach ja richtig, dabei handelt es sich ja nur um Grundpfeiler einer gesunden Gesell-

schaft! Damit kann ein elitärer Kreis ja keine Gewinne an der Börse einfahren!

Es ist auch richtig und wichtig, daß endlich über Klimaschutz geredet wird, keine Frage. Seit ca. 30 Jahren weiß man um die Zusammenhänge und endlich interessiert sich auch die Politik dafür, sie tut jedenfalls so.

Statt wirklich Verantwortung zu übernehmen, die Industrie in die Pflicht zu nehmen, wird dem Bürger ein schlechtes Gewissen eingeredet und an Möglichkeiten gebastelt, diesen mit zusätzlichen Abgaben, angeblich für den Klimaschutz, weiter zu schröpfen. Das täglich ganze Fußballfelder Regenwald gebranntrodet werden, was sich seit Jahren auf das Klima auswirkt, wird ausgeblendet.

Der Gedanke liegt nahe, daß es vielleicht nicht verkehrt wäre, wenn eine Epidemie alle Menschen dahinraffen würde. Dann hätte die Erde eine echte Überlebenschance, denn das Schlimmste, was ihr je passierte, ist der Mensch!

Linux works!

Linux ist ein Betriebssystem für Computer, das sich unter anderem dadurch auszeichnet, dass es frei und kostenlos ist. Niemand muss dafür Lizenzgebühren zahlen, und dazu ist es auch noch ein sehr gutes und sicheres System.

"Linux works" bietet für alle Interessierten die Möglichkeit, sich mit Linux vertraut zu machen und sich in die Lage zu versetzen, es selbst zu benutzen, oder es hier erst einmal auszuprobieren. Entgegen eines verbreiteten Vorurteils behaupten wir, dass jedeR Linux nutzen kann, der/die Lust hat, sich damit zu beschäftigen!

Wir möchten keinen herkömmlichen Computerkurs veranstalten, sondern uns selbst mit allen Interessierten aneignen, was zur Benutzung von Linux nötig ist. Wir bringen Vorerfahrungen und Themenvorschläge mit, sind jedoch offen, Eure Interessen aufzunehmen.

Kommt vorbei: ab dem 21.3. immer mittwochs von 16 bis 18 Uhr in unserem Medienraum in den Laskerhöfen, Laskerstr. 6-8, Hinterhaus, 1. Stock.

Kontakt:

workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V.

Silke Meyer Tel. 29 77 26 14

linux@workstation-berlin.org

Reflectures – sieben Abende darüber, die Welt zu verändern

28.2. – 11.4.07 – immer mittwochs um 19:30 in der Friedel 54

Projektraum in der Friedelstr. 54, Berlin Neukölln, U Hermannplatz

Warum macht der Job mich fertig, wenn es das Jobcenter doch auch tut? Wie hängen Billiglohn und Billigpreis zusammen? Was genau in meinem Computer verursacht Konflikte in Afrika? Ist eigentlich alles in Ordnung so, wie es ist?

Wir haben nicht vor, auf alle Fragen Antworten zu geben. Wir, das sind reflect! e.V. und andere Gruppen, die zu Arbeit und Ausbeutung, Sexismus, Erinnerung und rechtem Denken, Diskriminierung und dem "Rütli-Phänomen" arbeiten. Von Februar bis

April in der Friedel 54 sowie im Juni & Juli 2007 in der K9 werden wir wöchentlich und abends auf ein paar dieser Fragen genauer eingehen – mit allen, die mehr darüber wissen und reden wollen.

Die Abende bewegen sich irgendwo zwischen Diskussionsrunde, Vortrag und Workshop. Die Frage, die an jedem Abend im Mittelpunkt stehen soll: Was können wir den Dingen, die uns stressen und bedrücken, entgegen setzen? Wie können wir uns wehren?

Mi 4.4.07
„Rechte im Kiez“
Rechtsextremismus in Friedrichshain
und Neukölln:
wahrnehmen aufklären bekämpfen

Wie entsteht und wie wirkt Rechtsextre-

mismus? Was sind rechtsextreme Strukturen und wie können wir öffentliche Räume gegen sie verteidigen oder zurück erobern? Theoretische und praktische Ansätze werden verquickt, um gegen Rechtsextremismus im Alltag etwas tun zu können.

Mi 11.4.07
„Sicherheit vor Freiheit?“
Der Wandel des Staates vom
Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat

In aktuellen politischen Diskussionen werden Bürgerrechte zunehmend dem öffentlichen Sicherheitsbedürfnis im "Kampf gegen den Terror" untergeordnet und damit eine Ausweitung staatlicher Kontrolle gerechtfertigt. Was bedeutet das für un-

seren Lebensalltag? Am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung (Speicherung von Kommunikationsdaten von Telefon, Handy, Internet) wollen wir diskutieren, wie sich staatliche Kontrolle vollzieht und ob ein Leben jenseits staatlich überwachter Bereiche noch möglich ist? Welche Möglichkeiten des Widerstandes gibt es?

Es diskutieren:

Ralf Bendrath (AK Vorratsdatenspeicherung) und Lars Bretthauer (reflect!)

Eine Veranstaltungsreihe von:



Weitere Infos unter <http://www.reflect-online.org/> und info@reflect-online.org

Die Veranstaltungsreihe wird unterstützt von Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt & Aktion Mensch

Initiative gegen das Chipkartensystem
konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com

web: <http://www.chipkartenini.squat.net/>

Berliner Tatorte

Die bei uns am 02.03.07 eröffnete Ausstellung von ReachOut, fand bereits großen Zuspruch. Viele Interessierte sind aus unterschiedlichen Stadtteilen gekommen, um die Dokumentation zu sehen. Die meisten haben sich einen Katalog mitgenommen. Es entwickelten sich interessante Gespräche. Zur Ausstellungseröffnung konnten Fragen und Eindrücke direkt mit dem Fotografen und einer Vertreterin von ReachOut besprochen werden. Wir geben das feedback natürlich gerne weiter.



Der rote Faden 2006

Seit Anfang 2006 führt Friedrichshain die traurige Statistik reicher Übergriffe in Berlin an. Sehen Sie nicht weg. Helfen Sie den Opfern, informieren Sie die Polizei / holen Sie Hilfe. Teilen Sie uns Ihre Beobachtungen mit. Sie könnten das nächste Opfer sein!

Übergriffe in Friedrichshain im April 06

April 2006: Nach einem Besuch der Großbraumdisko Jeton greifen vier Männer auf dem S-Bhf. Frankfurter Allee einen Mann an und schlagen so lange auf ihn ein, bis er bewusstlos am Boden liegt. Er hatte sich über die "Sieg Heil"-Rufe der vier beschwert.

19.04.06: Ein Schwarzer wird von zwei Neonazis auf dem U-Bhf. Warschauer Str. erst beleidigt und dann mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen. Dabei bedrohen sie ihn mit einem Messer. Beide Täter werden von der Polizei festgenommen.

21.04.06: In der Wühlischstr. wird ein Mann von drei Neonazis umstellt und beschimpft. Eine Polizeistreife kommt zufällig vorbei und die Situation löst sich von allein.

22.04.06: In der Nacht zu Sonntag wird eine Schwarze am S-Bhf. Frankfurter Allee von sechs Neonazis (HipHop-Style) ohne Vorwarnung festgehalten, zusammengeschlagen und beraubt. Sie erlitt erhebliche Verletzungen und musste ins Krankenhaus (Gesicht, Unterleib, Rippenprellung, Unterleibsprellung, angebrochenes Jochbein). Mitarbeiter des Spätkaufs, vor dem der Angriff passierte, griffen nicht ein. Die alarmierte Polizei schrieb eine Anzeige gegen die Betroffene wegen Ruhestörung, weil sie sich zu laut über den Angriff beschwerte. Die Täter wurden nicht gefasst.

25.04.06: Ein Schwuler wird auf dem Boxi von 10-15 Neonazis erst beschimpft und dann ins Gesicht geschlagen. Etwa 100 PassantInnen sahen sich nicht genötigt einzugreifen. Danach setzten sich die Nazis wieder in die Sonne auf dem Boxi.

26.04.06: Zwei gesprühte Hakenkreuze am Kaisers-Markt in der Revaler Str.

29.04.06: Eine junge Frau wird am Abend von drei Neonazis Frankfurter Allee/Proskauerstr. angepöbelt und bedroht.

Lokales Soziales Kapital im Bezirk

Wie wir berichteten, wurden aus der Kreuzzigerstraße heraus drei LSK - Anträge gestellt. Beide wurden abgelehnt, leider ohne inhaltliche Begründung. Nun hat uns interessiert, wie überhaupt im Bezirk auf diese Möglichkeit der Antragstellung reagiert wurde, welche Inhalte andere Anträge hatten, wie die Beurteilung der Anträge erfolgte. Wir haben dazu folgende Fragen für die Veröffentlichung im BE entwickelt und an die zuständige Abteilung EU-Referat im Bezirksamt gesendet und teilweise Antwort erhalten.

Außerdem erfolgte der Hinweis auf die Internetseite www.europa-in-fk.de, die in Kürze aktualisiert werden wird und es wurde eine weitere Nachfragemöglichkeit offeriert.

Wieviele Anträge wurden insgesamt gestellt? LSK-Anträge 2006: 68

Welches waren die Hauptinhalte der Anträge (Beispielnennungen)? Hauptinhalte: beziehen sich auf die Schwerpunkte des LSK-Programms. Hauptsächlich wurden

jedoch Anträge zur Förderung von Aktionen zur beruflichen Eingliederung und zur Förderung von Kleinstvorhaben zur Entwicklung neuer Beschäftigungsfelder gestellt.

Wieviele Anträge wurden bewilligt mit welcher Gesamtfördersumme?

bewilligte Anträge: 29

Gesamtfördersumme: 298.785,53 •

Ziel 1-Gebiet (FH): 108.853,63 •

Ziel 2-Gebiet (KB): 189.931,90 •

Wer sind die Antragsteller (ein paar Beispiele)? Antragsteller: überwiegend Vereine, aber auch Privatpersonen

Wieviele Arbeitsplätze entstehen durch die Bewilligung der Anträge? Arbeitsplätze:

keine genauen Angaben möglich, allerdings haben sich durch die Teilnahme an den verschiedenen Projekten die Voraussetzungen der Teilnehmer verbessert, auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Dank an Annette Kühnel

Fortsetzung auf Seite 7

LSK Antrag abgelehnt, Nachreichung möglich

Und nun interessiert man sich im Bezirksamt offenbar doch für die Sozialberatung. Es gab die Möglichkeit das Kurzkonzept erneut einzureichen und wir warten nun auf eine Mitteilung, ob ein kompletter Antrag nachgereicht werden kann. Somit gibt es doch noch eine Chance auf Förderung.

Seit Mitte 2006 haben Ehrenamtliche im Mieterladen eine Sozialberatung aufgebaut, die in ihrer Form einzigartig für Berlin ist. Selbst das Sozialgericht Tiergarten empfiehlt Betroffenen sich bei uns informieren zu lassen, was eine klare Aussage für die Qualität der Arbeit ist. Mehrere Monate wurde das Projekt von Studenten der KHSB (Katholische Hochschule für Sozial-

pädagogig Berlin) begleitet. Auch die Studenten waren sehr erstaunt, wie Ämter und Behörden mit Menschen umgehen, teils wider den gesetzlichen Regelungen und ohne Respekt vor den Betroffenen und Verständnis für ihre Situation. Im Gegenteil, Ämter und Behörden sorgen sogar dafür, daß Menschen im Zweifelsfall obdachlos werden und treiben Betroffene in Zahlungsunfähigkeit und Depressionen. Tritt man mit Fragen an die Verantwortlichen heran, sind sie nicht zu sprechen und mit viel Glück, erhält man ein lapidares aussageloses Schreiben. Das Übliche eben.

Viele bezahlte Berater in Ämtern, Behörden
weiter Seite 11

Lokales Soziales Kapital im Bezirk - Nachfrage

... Wir haben die Internetseite recherchiert und keine Hinweise auf Antragsteller und Inhalte der Anträge gefunden. Deshalb würden wir gerne einige Nachfragen stellen.

Folgende Fragen sind offen geblieben:

Welches sind die Hauptinhalte / Aktionsstandorte (ein paar Beispielnennungen) der bewilligten Anträge?

Welches war der interessanteste / nachhaltigste Antrag? Wieviele Anträge wurden von Trägern / Vereinen / Privatpersonen gestellt / bewilligt?

Darüber hinaus haben sich folgende neue Fragen ergeben:

Die Verteilung der Mittel entspricht vermutlich einer Verteilung auf die Ortsteile nach Einwohnerschlüssel. Dies vermuten wir, da Kreuzberg (Ziel 2 Gebiet) mehr Mittel erhält als Friedrichshain (Ziel 1 Gebiet). Nach unserer Rechnung sind so von der Gesamtsumme in Höhe von 298785,53 • 36,43% nach Friedrichshain und 63,57% nach Kreuzberg bewilligt worden. Dies entspricht jedoch unseres Wissens nach nicht der EU-Gebietsdefinition.

Der Bezirkswebsite war zu entnehmen, daß es sich bei den LSK-Mitteln um Mikroprojekte mit einer Fördersumme von jährlich ca. 60.000 • handelt. Diese Summe weicht erheblich von der Bewilligungssumme für 2007 ab. Wie erklärt sich das? Unverständlich ist auch, daß Friedrichshainer Anträge (mindestens drei, von denen wir wissen), die nachhaltig für eine große Zielgruppe angelegt sind und nach Anschubfinanzierung auch Arbeitsplätze und Bildungsmöglichkeiten schaffen könnten, kommentarlos abgelehnt wur-

den. Hier hätte ein Verweis auf andere Fördermöglichkeiten erfolgen können. Dies auch unter dem Hintergrund (aus der Handreichung):

1. Die Heranführung kleiner und neuer Träger (informelle Gruppen, Ehrenamtliche in Vereinen, aktive Bürger/innen, Selbsthilfegruppen u.ä.) an die Fördermöglichkeiten des Europäischen Sozialfonds (ESF).
2. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung.
3. Die Beschäftigungsförderung auf lokaler Ebene.
4. Die Unterstützung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Auch daraus resultierte die Frage, wie viele Arbeitsplätze durch die bewilligten Anträge entstehen werden, welche leider nicht beantwortet wurde.

Eigentlich wollten wir nur einen kleinen Beitrag für die Stadtteilzeitung zusammenstellen und den LSK-Mitteleinsatz des Bezirkes nachvollziehbar an Hand von zwei, drei Beispielen für bewilligte Projekte den Lesern erläutern.

Nun stellen wir fest, daß das Thema gut geeignet ist, um weiter zu recherchieren, da wir es uns wohl doch zu einfach vorgestellt haben.

Über eine erneute Antwort würden wir uns sehr freuen.

*Mit freundlichen Grüßen
Heike Weingarten*

Spruch des Monats

Wir alle sind Engel mit nur einem Flügel. Um fliegen zu können, müssen wir uns umarmen.

Sprichwort



1. Berliner Sozialforum
Sa 21. / So 22.04.2007
Jugendzentrum Manege
und Rütli-Schule
(Rütlistrasse, 12045 Berlin-Neukölln)
aktuelles Programm: www.sozialforum-berlin.de

Programm 21.04.2007

12:00 Uhr Eröffnung und Begrüßung "Das Berliner Sozialforum im internationalen Sozialforumsprozess, Zusammenspiel von Lokalen und Globalen"

12:30 Uhr Podium I „Treffen der G8 in Heiligendamm, was hat das mit Berlin zu tun?“ (verantwortlich die G8-Koordination im Berliner Sozialforum)

13.45 Uhr Pause / Mittagessen / Kultur

14:45 Uhr Podium II „Ene mene muh, prekär bist Du... Soziale Rechte durchsetzen - aber wie?“ (verantwortlich die AG Soziales Berlin im Berliner Sozialforum)

16:00 Uhr Erste Workshopphase (basierend auf den eingehenden Vorschlägen der Gruppen und Initiativen, koordiniert durch die Programm AG. Die Programm AG sortiert die eingehenden Vorschläge und nimmt eine thematische Bündelung vor.) Es sind Workshops, open space Veranstaltungen und Podiumsformate denkbar. Der Zeitrahmen beträgt je nach Bedarf entweder 3 Stunden oder 2 x 1,5 Stunden.

ab 19:00 Uhr gemeinsames Essen und kultureller Beitrag (Die Verpflegung übernimmt hoffentlich die Gruppe "food for action" einen Vorschlag zum Kulturbeitrag erarbeitet Klaus Meinel)

Programm 22.04.2007

09:30 Uhr gemeinsames Frühstück

10:30 Uhr Zweite Workshopphase (siehe Erste Workshopphase)

13:00 Uhr Pause / Mittagessen / Kultur

14:00 Uhr Podium III „Braucht Selbstbestimmung öffentliche Güter? Analysen, Alternativen, Aktionen.“ (verantwortlich Axel, zu diesem Podium wird versucht die Verfasser des Papiers „Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsabbau? Umriss eines Konzepts von Sozialpolitik als Infrastruktur“ der „AG linksnetz“ zu gewinnen und eine Verbindung zu den geplanten Volksbegehren gegen Privatisierungen in Berlin herzustellen. Der Artikel ist [HIER](#) einsehbar.

15:15 Uhr Ergebnisse, Ausblick, Aktionen, Projekte

17:00 Uhr Abschluss

Die Initiative gegen Rechts Friedrichshain beteiligt sich mit einem workshop zum Thema "Stadtteilinitiativen gegen Rechts - ein Erfahrungsaustausch".

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 14. aktualisierte Auflage, Dokumentation Berlin vom 18.2.2007

Die Dokumentation umfaßt den Zeitraum vom 01.01.1993 bis 31.12.2006.

170 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 127 an den deutschen Ost-Grenzen*,

470 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 290 an den deutschen Ost-Grenzen*, 138 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 50 Menschen in Abschiebehaft, 669 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 399 Menschen in Abschiebehaft.

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 327 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt, 25 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und mindestens 411 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Notsituationen, 67 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos, 13 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen, 390 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 129 Flüchtlinge in Haft.

67 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 744 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt, 13 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

Ein Fazit:

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 351 Flüchtlinge ums Leben - durch rassistische Übergriffe oder bei Bränden in Unterkünften starben 80 Flüchtlinge.

* die Angaben für 2006 werden sich noch erhöhen, weil die offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums noch nicht vorliegen

Die Dokumentation umfaßt zwei Hefte. Beide Hefte zusammen kosten 15 • plus 3,20 • Porto & Verpackung.

HEFT 1 (1993 - 1999) 6 • für 174 Seiten

HEFT 2 (2000 - 2006) 10 • für 230 Seiten + je 1,60 • Porto & Verpackung.

Im Netz (z. Z. noch die 13. Auflage) unter der Adresse:

www.ari-berlin.org/doku/titel.htm



ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE e.V.

Dokumentationsstelle

Mariannenplatz 2

Haus Bethanien - Südflügel, 10997 Berlin

Fon: 617 40 440, Fax: 627 05 905

Funk: 0177 37 55 924

ari-berlin-dok@gmx.de

Wegweiser für Opfer und Zeuginnen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt



"Ein Mensch hat mir Gewalt angetan. Er hat mich beleidigt, beschimpft, geschlagen, verletzt. Er hat mich erniedrigt, gemühtigt, entwürdigt".

Sie wurden von rechten, rassistischen AngreiferInnen bedroht, verfolgt, beleidigt, geschlagen, verletzt? Niemand hat das Recht dazu! Egal, was Sie gemacht haben. Egal, was Sie gesagt haben. Egal, ob Sie sich gewehrt haben oder nicht.

Was können Sie tun?

Eine Ärztin oder einen Arzt aufsuchen:

Lassen Sie sich die erlittenen Verletzungen attestieren und fotografieren.

Gedächtnisprotokoll schreiben:

Versuchen Sie, alles was geschehen ist und was Ihnen noch einfällt, möglichst genau aufzuschreiben. Das kann bei einem Gerichtsprozeß sehr nützlich sein: Was passierte genau? Wann? Wo? Wie viele AngreiferInnen? Wie sahen diese aus? Gab es Leute in der Nähe, Zeuginnen? Was geschah danach? usw.

Zu ReachOut gehen:

Sie bekommen dort Informationen zu möglichen rechtlichen Schritten, Beratung bei psychologischen Fragen und Hilfe bei der Antragsstellung für finanzielle Unterstützung.

Anzeige erstatten:

Sie können die Tat bei jeder Polizeidienststelle oder schriftlich bei der Staatsanwaltschaft anzeigen, auch gegen Unbekannte. ReachOut kann Sie dabei beraten und begleiten.

Psychologische Beratung erhalten:

ReachOut vermittelt Ihnen Kontakt zu speziellen therapeutischen Einrichtungen.

Öffentlichkeit herstellen:

Wollen Sie Öffentlichkeit (Zeitungen, Radio, Fernsehen) informieren Sie uns. ReachOut unterstützt Sie dabei.

Sie sind Zeuge/in eines rassistischen / rechtsextremen / antisemitischen Angriffs geworden?

Auch Sie können etwas tun!

Sie können die Polizei rufen oder die Betroffenen zur Polizei begleiten. Sie können Aufmerksamkeit erregen, Unbeteiligte ansprechen und versuchen Hilfe zu holen. Sie können die Betroffenen beim Telefonieren unterstützen. Sie können nach der Tat bei den Betroffenen bleiben oder sie zum Arzt ins Krankenhaus begleiten. Sie können sich als Zeuge/in zur Verfügung stellen.

*ReachOut
Oranienstraße 159, 10969 Berlin
Tel.: 69 56 83 39 / Fax: 69 56 83 46
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de*

Fortsetzung: LSK Antrag abgelehnt, Nachreichung möglich

den und bei Trägern können oder wollen die unterstützende Arbeit für die Betroffenen nicht leisten. Es gibt keine Qualitätsstandards, deshalb liegt das Interesse oft nicht darin, den Betroffenen schnell zu helfen, sondern sie eher langfristig an die Beratungsstelle zu binden, denn dafür bekommen die Träger Geld. Diese Erfahrungen haben einige unserer Ratsuchenden oft gemacht. Dies trifft natürlich nicht für alle Beratungsstellen zu. Es gibt auch einige, die wir guten Gewissens empfehlen können, da sie eine gute Arbeit leisten. Dies sind jedoch leider sehr wenige.

Da die Arbeit derzeit über Mittel des Mieterladen finanziert wird (Telefon, Büroverbrauchsmaterial), die Zahl der Ratsuchenden sich immer mehr erhöht, ist unklar, wie lange wir die kostenfreie, ehrenamtliche Hilfsleistung noch anbieten können. Denn auch der Mieterladen wird ehrenamtlich geführt und erhält keine laufenden Mittel. Finanziert wird der Büroablauf ausschließlich über Spenden und die werden immer weniger.

Deshalb ist es wichtig, für den Ausbau der Sozialberatung Förderung zu erhalten, inklusive Bezahlung von Mitarbeitern, deren Schulungen und Räumen und Mittel für den Aufbau eines dringend notwendigen, nicht vorhandenen Anwaltsnetzwerkes für Berlin. Dies kann nur einhergehen mit einer unabhängigen Qualitätskontrolle, um Mißbrauch (wie er jetzt erfolgt) auszuschließen. Diese Qualitätsstandards und unabhängigen Kontrollen müssen dann aber auch auf alle anderen Beratungsstellen angewandt werden. Da trennt sich die Spreu vom Weizen.

Vorhandene Mittel können gezielter eingesetzt werden und für die Betroffenen ist wirkliche Hilfe garantiert. Außerdem sollen

zukünftig auch in anderen Stadtteilen Beratungsstellen entstehen, denn die Betroffenen sind oft nicht einmal in der Lage das Fahrgeld, um in eine Beratungsstelle zu gelangen, aufzubringen. Als Beispiel: Wenn das Jobcenter widerrechtlich Bezüge kürzt, wird den Betroffenen auch die Möglichkeit entzogen, sich dagegen zu wehren.

Seit Anfang 2007 wird diese Tendenz auch noch zusätzlich durch die Amtsgerichte untermauert, die scheinbar eine interne Anweisung erhalten haben, keine Beratungsscheine mehr für Antragsteller auszufüllen. Damit soll ihnen der Weg zu einem Anwalt erschwert werden. All diesen Menschen, können wir nur empfehlen, direkt einen Anwalt aufzusuchen und über diesen den Beratungsschein zu beantragen. Dieser wird genehmigt werden. Eine mit uns zusammenarbeitende Kanzlei ist diesem Phänomän auf der Spur und dokumentiert solche Fälle, um dagegen vorgehen zu können.



Vernissage Nr. 63

„Mensch, Macht, Erinnerung“

Ausstellung und Film (70 min.) von Sabine Weber



Berlin Kreuzberg, Anfang der 70er. Was vor 1945 liegt, ist wie eine weiße Wand. Junge Leute beanspruchen mit neuen Ideen den öffentlichen Raum. Sie machen Interviews mit alten Leuten, mit der Mutter von 6 Kindern, der Schließerin in einer Justizvollzugsanstalt, mit WiderstandskämpferInnen und ehemaligen KZ-Häftlingen. Was ist aus der Zeit vor 1945 zu erzählen wichtig?

Erstmalig steht bei uns nicht eine Ausstellung im Vordergrund, sondern der gleichnamige Film, der von der Ausstellung umrahmt wird.

Es lohnt sich also um so mehr, zur Eröffnung dabei zu sein.

Das Projekt ist in Zusammenarbeit mit dem Kreuzberg-Museum entstanden, finanziert vom bezirklichen Kulturamt.

Wegen Karfreitag eine Woche früher!

30.03.2007 / 19:00 Uhr